

# **Die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie\***

Von Reinhard Blum, Münster

## **I.**

Die Diskussionen um die Aufwertung der DM in der Bundesrepublik lassen es aktuell erscheinen, das Verhältnis zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie etwas näher zu beleuchten. Es sieht so aus, als liefere die Aufwertungsdiskussion ein Beispiel dafür, daß sich die Wirtschaftspolitik über ein fast einhelliges Urteil der Wirtschaftswissenschaft hinwegsetzt. Der zur Unabhängigkeit verpflichtete Sachverständigenrat muß sich wegen seiner politisch unerwünschten Auffassungen wissenschaftlich wenig fundierte Zurechtweisungen gefallen lassen.

Das läßt vermuten, daß die Wirtschaftswissenschaft zwar willkommen ist, um herrschenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen eine theoretische Grundlage zu liefern, jedoch zu wissenschaftlicher Objektivität und Zurückhaltung ermahnt wird, wenn die ökonomische Theorie wirtschaftspolitische Folgerungen nahelegt, die den herrschenden politischen Vorstellungen nicht entsprechen. Was sich an theoretischen Vorstellungen im politischen Raum durchsetzt, könnte deshalb mehr von der politischen Interessenlage als von wissenschaftlicher Objektivität bestimmt sein.

Dies ist der aktuelle Ausgangspunkt der folgenden Betrachtungen zu den Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie. Im Vordergrund steht die Vermutung, daß die von der Wirtschaftspolitik aufgeworfenen Probleme die Fragestellungen der Wirtschaftstheorie in starkem Maße beeinflußt haben. Dieser Einfluß soll im folgenden in einem kurzen dogmenhistorischen Rückblick sowie an der modernen Wachstumstheorie aufgezeigt werden. Daraus lassen sich einige Folgerungen für das Verhältnis von Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie in der westdeutschen Wirtschaftspolitik ableiten.

## **II.**

Die Wirtschaftswissenschaft beginnt, so muß man bereits aus den Titeln der klassischen Werke der wirtschaftswissenschaftlichen Litera-

---

\* Durch Literaturhinweise ergänzte Fassung der Antrittsvorlesung des Verfassers an der Universität Münster am 11. 11. 1968.

tur schließen, als „politische Ökonomie“<sup>1</sup>. Es besteht, so meint *Robbins*<sup>2</sup>, kein Zweifel darüber, daß die Ökonomen aller Schulen ihre wissenschaftliche Arbeit als eng verbunden mit der politischen Wirklichkeit empfunden haben, sei es im Sinne einer Theorie des politischen Handelns oder im Sinne einer Analyse der bestehenden Wirklichkeit.

Ebenso alt ist aber auch das Bemühen der Ökonomen, ihre Wissenschaft aus den Verstrickungen der Tagespolitik zu lösen und zu „wertfreien“ Aussagen über die Funktionsweise der Wirtschaft zu kommen<sup>3</sup>. Ebenfalls bereits an den Titeln der klassischen Werke der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur läßt sich ablesen, wie mit der Fortentwicklung der Wirtschaftswissenschaft die „politische Ökonomie“ in den Hintergrund tritt. Eine gewisse Distanzierung liegt auch in der Beschäftigung mit der „Theorie der politischen Ökonomie“ (Theory of Political Economy), wie *Jevons* sein Buch 1871 überschreibt. Eine klare Trennung deutet sich an, wenn *Walras* sein wegweisendes Werk 1874 „Elemente der reinen Ökonomie“ (Éléments d'Economie pure) nennt. Sicher nicht unbeeinflußt von den Erfolgen der Naturwissenschaften tritt die Mathematik ihren Siegeszug in den Wirtschaftswissenschaften an. Mit ihr sind, wie *Erich Schneider*<sup>4</sup> das „Wesen der ökonomischen Theorie“ sieht, die Ökonomen überhaupt erst zur Theorienbildung vorgestoßen. Heute seien „Theoretische Ökonomie“ und „Mathematische Ökonomie“ Synonyme.

Die Modelle der Wirtschaftstheorie sind aber, wie *Erich Schneider* ausdrücklich betont, Abbilder der Wirklichkeit, Mittel zu ihrem Verständnis. Ein Modell mit wirklichkeitsfernen Voraussetzungen „ist sinnlos und unfruchtbar“<sup>5</sup>. Es ist nun für unser Thema interessant, wie die Ökonomen bisher die sie umgebende Wirklichkeit in ihren Theorien charakterisiert haben, um einen Eindruck davon zu erhalten, inwieweit der Blickwinkel von anerkannten wirtschaftspolitischen Fragestellungen bestimmt ist.

Es dürfte kein Zufall sein, daß gerade die Lehren der Merkantilisten es nahelegen, sie an den Anfang einer Geschichte der Kreislauftheorie

<sup>1</sup> Es seien nur einige Titel erwähnt: *David Ricardo: Principles of Political Economy and Taxation* (1817). — *John Stuart Mill: Principles of Political Economy* (1848). — *Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* (1867). — *Vilfredo Pareto: Cours d'Economie Politique* (1896).

<sup>2</sup> Vgl. *Lionel Robbins: Politics and Economics. Papers in Political Economy*. London, New York 1963. S. 5.

<sup>3</sup> Zu diesen Bemühungen siehe *Gunnar Myrdal: Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung* (Übersetzung auf der Grundlage der ersten deutschen Fassung von *Gerhard Mackenroth* an Hand der englischen Ausgabe von 1953). Mit einem Nachwort von *Paul Streeten*. Hannover 1963.

<sup>4</sup> *Erich Schneider: Einführung in die Wirtschaftstheorie. IV. Teil. Ausgewählte Kapitel der Geschichte der Wirtschaftstheorie. 1. Bd. 2. Aufl. Tübingen 1965. S. 1 ff., insb. S. 11 und S. 16.*

<sup>5</sup> *Schneider: a.a.O., S. 7.*

zu stellen<sup>6</sup>. Sie sind es gewohnt, das wirtschaftliche Geschehen aus der Sicht des jeweiligen Herrschers zu sehen, nicht aus der der einzelnen Untertanen. Die unterschiedliche Interessenlage der einzelnen europäischen Länder schafft unterschiedliche nationale Spielarten des Merkantilismus<sup>7</sup>. So entsteht in Deutschland, geprägt durch das Obrigkeitsebewußtsein des Luthertums und die vielen Kleinstaaten, der „Kameralismus“. Die reichen Niederländer interessieren sich vor allem für offene Meere und freien Handel, woran den Engländern wegen der niederländischen Überlegenheit nicht gelegen ist. Frankreich bringt den „Colbertismus“ hervor: Das Gewerbe wird auf Kosten der Landwirtschaft gefördert. Um die „Ordnungen und Unordnungen“, die eine solche Wirtschaftspolitik verursachen kann, aufzuzeigen, entwickelt *Quesnay* sein „Tableau Économique“ als Kompaß für die Regierung<sup>8</sup>. Als Reaktion auf den „Colbertismus“ erhält die Landwirtschaft dabei wieder ihre zentrale Stellung als Quelle allen Reichtums. Die geniale Kreislaufdarstellung *Quesnays*<sup>9</sup> ist gleichzeitig Instrument der theoretischen Analyse und Werkzeug der Wirtschaftspolitik<sup>10</sup>.

Sie erhält jedoch bei *Quesnay* und den Physiokraten — im Unterschied zu den Merkantilisten — durch Übernahme naturrechtlicher Vorstellungen einen neuen Aspekt, der entscheidend ist für das spätere Verhältnis zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie: Die Kreislaufdarstellung dient gleichzeitig dazu, einen der „natürlichen Ordnung“ entsprechenden Gleichgewichtszustand zu demonstrieren, der sich einstellt, wenn alle am Wirtschaftskreislauf Beteiligten ihren natürlichen Interessen folgen. Der absolutistische Herrscher erhält nur noch die Rolle, den als „Konkurrenten“ auftretenden Bürgern eine der „natürlichen Ordnung“ angemessene „positive Ordnung“ zu setzen. Damit bleibt er „Hüter des Gemeinwohls“<sup>11</sup>. Die Wirtschaftspolitik jedoch ist im wesentlichen Ordnungspolitik — ein Terminus, der im Ordoliberalismus und in der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik eine große Rolle spielt.

*Quesnay* trägt mit seiner Darstellung des wirtschaftlichen Kreislaufs der wirtschaftspolitischen Situation seiner Zeit sehr gut Rechnung — dem Herrschaftsanspruch des absolutistischen Königs, der aristokratischen Landbesitzer sowohl als auch dem Freiheitsbedürfnis der Handel-

<sup>6</sup> *Schneider*: a.a.O., S. 17.

<sup>7</sup> Siehe dazu Louis J. Zimmerman: Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre. Köln-Deutz 1954. S. 29 ff.

<sup>8</sup> Vgl. *Schneider*: a.a.O., S. 20.

<sup>9</sup> Eine Analogie zum Blutkreislauf des menschlichen Körpers. Siehe Günter Schmolders: Geschichte der Volkswirtschaftslehre. Überblick und Leseproben. Reinbek bei Hamburg 1962. S. 18.

<sup>10</sup> Vgl. *Schneider*: a.a.O., S. 20.

<sup>11</sup> Vgl. dazu Hans Ritschl: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Weltw. Archiv. Bd. 67 (1950/II) S. 220 ff.

und Gewerbetreibenden. Sie sollen — weil *Quesnay* sie als „sterile Klasse“ ausweist, denn „produktiv“ ist nur die Uerzeugung — wirtschaftliche Freiheit erhalten, möglichst ungestört ihrem Schicksal überlassen bleiben, während die Landwirtschaft der Fürsorge der Wirtschaftspolitik empfohlen wird<sup>12</sup>. So gesehen, erscheint die wirtschaftliche Freiheit — das „laissez faire, laissez passer“ — als wirtschaftspolitisches Argument gegen die merkantilistische Bevorzugung der Kaufleute und Gewerbetreibenden in Frankreich. Die wirtschaftliche Freiheit dient als Argument einer Interessengruppe gegen eine andere, der die staatliche Unterstützung entzogen werden soll.

Sieht man diese Wechselwirkungen zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie, so ist es nicht so erstaunlich — wie es z. B. *Schneider*<sup>13</sup> findet —, daß die Ideen der Physiokraten über den Wirtschaftskreislauf von den Klassikern nicht aufgegriffen werden, sondern erst wieder von Karl *Marx*.

*Smith* steht nämlich „an der Schwelle des Übergangs zu einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, in der an die Stelle der Allokation der Ressourcen durch den Staat die Lenkung durch den freien Markt trat“<sup>14</sup>. Deutlicher kann der Bezug der Wirtschaftstheorie von Adam *Smith* zur Wirtschaftspolitik nicht charakterisiert werden<sup>15</sup>. Er entwickelt für „ein Volk von Krämern“, wie er seine Landsleute selbst charakterisiert, für das die Merkantilisten „ein Reich mit Gewalt begründet hatten“, eine wirtschaftspolitische Strategie<sup>16</sup>, die den allgemeinen Wunsch nach politischer Freiheit und insbesondere den Wunsch der Kaufleute und Gewerbetreibenden nach wirtschaftlicher Freiheit artikuliert. Die sich ankündende Industrialisierung lockt mit einem weiten Betätigungsfeld und großen Gewinnchancen.

In dieser Vorstellungswelt der wirtschaftlich unabhängigen und auch politisch entsprechend selbstbewußter gewordenen Bürger eines Landes, das auch schon demokratische Erfahrungen besitzt, hat der absolutistische Herrscher als „Hüter des Gemeinwohls“ und ein „Tableau Economique“ als wirtschaftspolitisches Werkzeug keinen Platz. Dagegen jedoch überzeugt die Idee einer generellen Interessenharmonie, eines wirtschaftlichen Gleichgewichts, das dadurch entsteht, daß die Individuen — ohne staatliche Reglementierung — ihren eigenen, eigensüchtigen Interessen folgen und damit die Vorteile der Arbeitsteilung nutzen. Eine „unsichtbare Hand“ wird sie durch freien Wettbe-

<sup>12</sup> Vgl. *Schmölders*: a.a.O., S. 21 f.

<sup>13</sup> *Schneider*: a.a.O., S. 21 f.

<sup>14</sup> *Schneider*: a.a.O., S. 65.

<sup>15</sup> Siehe dazu auch *Zimmerman*: a.a.O., S. 52 ff., insb. S. 76.

<sup>16</sup> Vgl. dazu Moritz J. *Bonn*: Der Einfluß ökonomischer Theorien auf die auswärtige Politik. In: Karl *Muhs* (Hrsg.): Festgabe für Georg Jahn zur Vollendung seines 70. Lebensjahres am 28. 2. 1955. Berlin 1955. S. 4 ff.



werb über den anonymen Markt auch zum Besten der Gesamtheit koordinieren. In diesem Gedankengebäude ist keine Wirtschaftspolitik die beste Wirtschaftspolitik. Der Staat — nicht nur der merkantilistische, absolutistische, sondern auch ein demokratischer — wird mit einer die Zeitgenossen überzeugenden Theorie aus der Wirtschaft verbannt.

Nun ist *Smith* zu weit in der damaligen Welt herumgekommen, zu belesen und zu sehr mit der wirtschaftlichen Praxis verbunden, um neben seiner Theorie der durch freien Wettbewerb und Eigeninteresse gesteuerten Wirtschaft die Unvollkommenheiten der ihn umgebenden, durch die Anfänge der Industrialisierung gekennzeichneten Wirklichkeit zu übersehen<sup>17</sup>: die vorhandenen Monopole, die das persönliche Risiko begrenzenden, mehr und mehr Fuß fassenden Kapitalgesellschaften, die Tendenz der Unternehmer, den Wettbewerb auszuschalten. Direkte gesetzliche Eingriffe, die „mit Freiheit und Gerechtigkeit“ vereinbar wären, sieht er jedoch nicht. Er fordert aber, alles zu vermeiden, was solche Praktiken erleichtert oder gar notwendig macht<sup>18</sup>.

In einem für die Weiterentwicklung des klassischen Gedankengebäudes gerade in Deutschland, das mit der Industrialisierung hinter England herhinkt, wichtigen Punkte könnte man *Smith* sogar eine Verhaftung in der traditionellen merkantilistischen Haltung nachweisen, nämlich bei der Beurteilung des Freihandels auf seine Nützlichkeit für den englischen Außenhandel. Für *Smith* ist der Schutz des eigenen Handels immer ein „wesentlicher Teil der Staatsverteidigung“ gewesen<sup>19</sup>. Der Export sei auf die Dauer nicht ohne ein Handelsmonopol für eine Gesellschaft aufrecht zu erhalten<sup>20</sup> — trotz der schlechten Erfolge solcher Monopole<sup>21</sup>. Generell folgert *Smith*, daß für einen „neuen Handel“ auf „eigene Gefahr und Kosten“ einer privaten Gesellschaft vorübergehende Handelsmonopole unerlässlich sind: „Dies ist der leichteste und natürlichste Weg, wie der Staat sie für einen gefährlichen und kostspieligen Versuch, zu welchem das Publikum später die Früchte einzuernten haben wird, zu entschädigen vermag“<sup>22</sup>.

<sup>17</sup> Zu dieser distanzierten Einstellung der Klassiker zu ihren Theorien siehe Gerhard Stavenhagen: Geschichte der Wirtschaftstheorie. 3., neubearb. und erw. Aufl. Göttingen 1964. S. 118.

<sup>18</sup> Vgl. Adam *Smith*: Der Reichtum der Nationen. Nach der Übersetzung von Max Stirner und der englischen Ausgabe von Cannan (1904), herausgegeben von Heinrich Schmidt (Jena). 2 Bände. Leipzig 1924. Bd. 1. S. 133. Außerdem — so folgert Schmolders (a.a.O., S. 28) — fordert *Smith*, „im Gegensatz zu anderen Liberalen, die sich später auf ihn beriefen“, daß das Eigeninteresse „durch Erwägungen der Gerechtigkeit und durch das Gefühl für das sittlich Richtige in Schranken gehalten werden müsse“.

<sup>19</sup> *Smith*: a.a.O., Bd. 2, S. 327 f.

<sup>20</sup> *Smith*: a.a.O., S. 353.

<sup>21</sup> *Smith*: a.a.O., S. 338.

<sup>22</sup> *Smith*: a.a.O., S. 352.

Eine solche Zurückhaltung der wirtschaftlichen Freiheit und dem Freihandel gegenüber wird immer überflüssiger, je mehr die englische Industrie ihre Vormachtstellung in der Welt ausbaut. Dies wird begleitet von einer Neigung der Ökonomen zur „reinen Theorie“<sup>23</sup>. Das trifft insbesondere zu für *Ricardos* Freihandelstheorie. Sie liefert die wissenschaftliche Grundlage für den Kampf der englischen Industrie gegen den feudalen Landadel<sup>24</sup>. Diese wirtschaftspolitische Auseinandersetzung ist unter dem Schlagwort „Manchestertum“ oder „Manchester-Liberalismus“ geläufig, in Anlehnung an die 1838 in Manchester erfolgte Gründung des Antigetreidezoll-Verbandes (Anti-corn-law-league).

Nach schrittweiser Senkung werden die Getreidezölle 1848 abgeschafft, und England verwirklicht fast vollständig die Idee des Freihandels. Es „erreicht während dieser Zeit den Höhepunkt seiner Macht. Es wird zur Werkstatt der Welt, es ist aber zur gleichen Zeit auch das Land, in dem Karl *Marx* das statistische Material für seine schonungslose Geißelung des Kapitalismus sammelt“<sup>25</sup>.

Während in England die Freihandelslehre zur anerkannten Grundlage der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft wird, ist in Deutschland aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Lage, dem Nachholbedarf bei der Industrialisierung eine ganz andere „Wirtschaftstheorie“ zur Stützung der Wirtschaftspolitik erforderlich. Die deutschen Unternehmer können es sich angesichts des englischen Vorsprungs und des reichlichen Angebots billiger englischer Industrieerzeugnisse nicht leisten, auf staatlichen Schutz gegenüber dieser Konkurrenz zu verzichten.

So ist es nicht verwunderlich, daß in Deutschland Friedrich *List*, angeregt durch Erfahrungen während der Kontinentalsperre Napoleons, sein „Nationales System der politischen Ökonomie“ (1840) entwickelt. Innerhalb Deutschlands befürwortet er eine Beseitigung der kleinstaatlichen Zollschränken und Handelsbeschränkungen. Gegenüber dem Ausland soll das aber nicht gelten — zumindest so lange wie die deutsche Industrialisierung noch in den Anfängen steckt. Diese wirtschaftspolitisch sehr willkommene Forderung begründet *List* mit seinem berühmten Erziehungszoll-Argument und kleidet damit eine „protektionistische“ Wirtschaftspolitik in ein der Freihandelstheorie angepaßtes Gewand. Reine Freihandelstheorie deklassiert er als „national“ im Interesse der englischen Industrie. Seine Darstellung und Kritik

<sup>23</sup> Zu dem Übergang der Klassiker zur „reinen Theorie“ siehe *Myrdal*: a.a.O., S. 2 ff. sowie Friedrich *Jonas*: Das Selbstverständnis der ökonomischen Theorie. Berlin 1964.

<sup>24</sup> Vgl. *Zimmermann*: a.a.O., S. 77.

<sup>25</sup> *Zimmerman*: a.a.O.

des „Imperialismus“<sup>26</sup> ist in dieser Sicht ein wissenschaftlich fundierter wirtschaftspolitischer Angriff auf die englische, den Freihandel zerstörende Monopolstellung im Welthandel und gleichzeitig ein Bekenntnis zu diesem Freihandel — jedoch ohne (englische) Monopole. Man kann in dieser Haltung von *List* denselben „Pragmatismus“ wiedererkennen, der auch *Smith* veranlaßt hat, den englischen Außenhandel dem Freihandelsprinzip nur begrenzt zu unterwerfen. Interpretiert man die deutsche Industrialisierung als „neuen Handel“ im Sinne von *Smith*, so knüpft *List* direkt an ihn an.

Dem „Nationalen System der politischen Ökonomie“ verdankt die deutsche Wirtschaftswissenschaft den Namen „Nationalökonomie“. Erst heute erscheint uns diese Begriffsbildung nicht mehr recht zeitgemäß, und wir bemühen uns, Nationalökonomie durch „Sozialökonomik“ zu ersetzen<sup>27</sup>.

*List* ist nur der Vorläufer einer ganzen Schule der deutschen Wirtschaftswissenschaft, der Historischen Schule, die sich gegen die Anwendung der Theorien der englischen Klassiker auf deutsche Verhältnisse sträubte. Er entwickelt eine „Stufentheorie“ der wirtschaftlichen Entwicklung, um zu zeigen, daß Deutschland für die englischen Theorien noch nicht reif ist. Als Voraussetzung für jede Theoriebildung gilt der Historischen Schule ein intensives Studium der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse. Die Tragik dieser Ökonomen besteht darin, daß sie aus der Fülle des empirischen Materials zu keiner neuen Theorie vorstoßen. Allerdings schärft die Beschäftigung mit der Wirklichkeit den Blick für die menschenunwürdigen sozialen Verhältnisse, die der Industrialisierungsprozeß mit sich bringt. So entsteht in dieser Zeit als Besonderheit der „Politischen Ökonomie“ die Sozialpolitik.

Der 1872 gegründete Verein für Socialpolitik ist bis heute der bedeutendste Zusammenschluß der deutschen Ökonomen aus Wissenschaft und Praxis. Die Wiedergründung 1948 ergänzt den Namen nur durch „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“. Erst 1956 rückt die Bezeichnung „Verein für Socialpolitik“ an die zweite Stelle. Es mag dahingestellt bleiben, inwieweit in dieser Umbenennung

<sup>26</sup> Siehe dazu *Schmölders*: a.a.O., S. 43.

<sup>27</sup> *Lists* „National-Ökonomie“ würde man mißverstehen, brächte man sie mit dem heutigen „Nationalismus“ in Verbindung. Das während der französischen Revolution entstehende Nationalgefühl entspringt einem Gefühl der Gemeinsamkeit und der gemeinsamen Verantwortung, das über alle Schranken hinweg Menschen verbindet. Dieser Nationalismus ist ausgesprochen liberal und demokratisch und beherrscht die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts. Deshalb ist er autokratischen Herrschern verdächtig. Sie unterdrücken ihn, weil sie um die bestehende kleinstaatliche Ordnung fürchten. Vgl. dazu *Gustav Stolper*, in: *Gustav Stolper, Karl Häuser und Knut Borchardt*: Deutsche Wirtschaft seit 1870. Tübingen 1964. *Lists* eigenes Schicksal ist ein anschaulicher Beweis dafür.

endgültig eine Distanzierung der Wirtschaftswissenschaft von der Vergangenheit zum Ausdruck kommen soll.

Der Ehrgeiz der Historischen Schule, aus ihren empirischen Arbeiten auch politische Konsequenzen zu ziehen und auf Veränderung der als schlecht befundenen Zustände zu drängen, ist letztlich das auslösende Moment für den bemerkenswerten Werturteilsstreit der deutschen Wirtschaftswissenschaft<sup>28</sup>. Die Geister scheiden sich an der Frage — so könnte man diesen Streit nach dem bisher Gesagten charakterisieren —, ob unsere Wissenschaft „politische Ökonomie“ oder „reine ökonomische Theorie“ ist.

Was der Historischen Schule nicht gelingt, vollbringt *Marx*: Auf der Grundlage intensiver empirischer Studien, insbesondere des Industrialisierungsprozesses in England, der Theorien der englischen Klassiker, die ihm diesen Namen zu verdanken haben, sowie der „Stufentheorien“ der Historischen Schule entwickelt er sein theoretisches Gebäude — als umfassende Kritik an der „Politischen Ökonomie“ seiner Zeit, ausgehend von der Überzeugung, daß es nicht nur darauf ankommt, die Welt zu interpretieren, sondern auch darauf, sie zu verändern.

Um die Arbeitsweise des von den Klassikern analysierten marktwirtschaftlichen Systems unter den Bedingungen der Industrialisierung zu beschreiben, benutzt *Marx* die alte Idee des wirtschaftlichen Kreislaufs von *Quesnay* bewußt als wirtschaftspolitisches, ja politisches Werkzeug. Jedoch wirkt *Marx* in dieser historischen Perspektive keineswegs so revolutionär, wie er üblicherweise dargestellt wird. Man könnte geradezu die Vermutung äußern, er bediene sich der Darstellung der aufgrund ihrer eigenen Gesetzmäßigkeiten zum Untergang verurteilten kapitalistischen Wirtschaft nur, um eine gewaltsame Veränderung, eine Revolution, zu umgehen. Zumindest unterliegt er ebenso dem Glauben seiner Zeit an „natürliche Zustände“ und „Entwicklungsgesetze“. Im Endstadium des Kapitalismus gibt es bei *Marx* nur wenige „Kapitalisten“, die den Produktionsapparat beherrschen. Wenn die Zeit „reif“ ist, bedarf somit die Machtübernahme durch das Proletariat im schlimmsten Fall einer unscheinbaren Polizeiaktion. Wie sehr dieser „Zeitplan“ Bestandteil des *Marx*schen Gedankengebäudes ist, zeigt sich an dem Unverständnis, mit dem er seinen Anhängern in Rußland begegnet, die das kapitalistische Endstadium nicht abwarten wollen<sup>29</sup>.

<sup>28</sup> Siehe dazu Christian von Ferber: Der Werturteilsstreit 1909/1959. Versuch einer wissenschaftsgeschichtlichen Interpretation. In: Ernst Topitsch (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften. Köln, Berlin 1965. S. 165 ff.

<sup>29</sup> Siehe dazu Erik Böttcher: Politische Begründung und Methoden kommunistischer Entwicklungspolitik. In: Erik Böttcher (Hrsg.): Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik. Gerhard Mackenroth zum Gedächtnis von seinen Freunden und Schülern. Tübingen 1964. S. 103 ff.



Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen des *Marxschen* Gedankengebäudes sind verhängnisvoll. Da er für den Endzustand die Säulen der Marktwirtschaft, Privateigentum und Steuerung der Wirtschaft durch freien Wettbewerb über den Markt, einfach negiert und von einer Gesellschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln und gesellschaftlicher Lenkung der Wirtschaft ausgeht, legt er die Grundlage für jene Alternative Marktwirtschaft *oder* Wirtschaftslenkung, die die Wirtschaftspolitik insbesondere in Deutschland bis in die jüngste Zeit hinein geprägt hat. Das gilt bis heute in noch viel stärkerem Maße auch für die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Länder<sup>30</sup>.

Da sie vom kommunistischen Endzustand sicher noch weiter entfernt sind als die westlichen Länder von der Marktwirtschaft, brauchen beide den Staat. In den gesellschaftlichen Utopien schlägt sich jedoch die Erinnerung an den absolutistischen Staat nieder: Im wirtschaftlichen Liberalismus wird er nur aus der Wirtschaft verdrängt, im Kommunismus wird er ganz abgeschafft.

Gewissermaßen als Antwort auf die Prophezeiungen von *Marx* erreicht die „reine ökonomische Theorie“ in dem Modell eines generellen ökonomischen Gleichgewichts von *Walras* (1874) einen vorläufigen Höhepunkt. *Walras* gelingt es, mit Hilfe eines Systems von Gleichungen zu zeigen, daß ein auf freier Konkurrenz gegründetes Wirtschaftssystem aus sich heraus einen Gleichgewichtszustand erzeugt, der die Wünsche der Individuen optimal befriedigt. Dies ist eine, nicht zuletzt wegen ihrer wissenschaftlichen Exaktheit, überzeugende Formalisierung des Ideengebäudes der klassischen Nationalökonomie. Sie wird durch die neuere Wohlfahrtstheorie fortgeführt. Diesem Versuch, die Existenz eines Gleichgewichts des marktwirtschaftlichen Systems mathematisch nachzuweisen, entspringt das Konzept der vollständigen Konkurrenz. Ihre wirtschaftspolitische Anziehungskraft verdankt sie dem Ergebnis, daß der Staat in der Wirtschaft überflüssig ist.

Erst die Weltwirtschaftskrise zwischen den beiden Weltkriegen löst die Wirtschaftstheorie aus dem Vertrauen der Klassiker in eine sich selbst regulierende Marktwirtschaft. Die Konjunkturpolitik wird „entdeckt“<sup>31</sup>. Die Vereinigten Staaten schaffen 1933 ein System von Lenkungsmaßnahmen für die Wirtschaft, das als „New Deal“ in die Wirt-

<sup>30</sup> Man versucht, sich heute angesichts der Liberalisierungstendenzen dieser Alternative zu entziehen durch den Hinweis, daß die Marktwirtschaft viel älter ist als der Kapitalismus. Dieses Argument eines Gastes aus dem Ostblock löste auf der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) 1966 in Hannover große Heiterkeit aus.

<sup>31</sup> Siehe dazu Alfred *Müller-Armack*: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur europäischen Integration. Freiburg i. Br. 1966. S. 9. *Müller-Armack* rechnet sich zusammen mit Wilhelm *Röpke* und Alfons *Schmitt* zu den Entdeckern der Konjunkturpolitik.

schaftsgeschichte eingeht. Er wird allerdings 1935 als verfassungswidrig erklärt. In Deutschland erzielt der Nationalsozialismus durch gezielte Eingriffe in die Wirtschaft beachtliche Erfolge, die sich nicht zuletzt in politischem Vertrauen niederschlagen.

Für diese neuen Überlegungen in Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft schafft Keynes 1936 mit seiner „Allgemeinen Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“ ein neues theoretisches Gerüst. Damit wird die Grundlage gelegt für die Vollbeschäftigungspolitik, die nach dem Zweiten Weltkrieg die wirtschaftspolitischen Überlegungen der westlichen Länder beherrscht.

Im liberalen Lager stößt sie jedoch zunächst wegen ihrer wirtschaftspolitischen Konsequenzen auf heftige Ablehnung. Insbesondere in den Vereinigten Staaten entsteht gegen Ende des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren eine heftige Diskussion über die Vereinbarkeit von Vollbeschäftigung, Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung, Planung und „freier Unternehmerwirtschaft“<sup>32</sup>. Die amerikanischen Unternehmer formieren sich um dieses Ideal. Sie bilden einen Ausschuß für wirtschaftliche Entwicklung (Committee for Economic Development), der Pläne für eine wirtschaftliche Expansion im Rahmen der „freien Unternehmerwirtschaft“ entwickeln soll<sup>33</sup>. Ihre Sicherung und Unterstützung gilt als bestes Mittel zur Wahrung des Gesamtwohls der amerikanischen Bevölkerung.

Die größte Sorge bereitet der amerikanischen Wirtschaftspolitik die allgemeine Furcht, die zur Deckung des Kriegsbedarfs aufgebauten zusätzlichen wirtschaftlichen Kapazitäten könnten nach Beendigung des Krieges nicht ausgenutzt werden<sup>34</sup>. Die Anziehungskraft der „freien Unternehmerwirtschaft“ sieht man jedoch nur in einer „Rekorde brechenden“ wirtschaftlichen Expansion gewährleistet<sup>35</sup>. Der hier anklingende Wettstreit der Systeme von Ost und West ist auch nicht unbeeinträchtigt an der weltweiten Entwicklungspolitik nach 1945<sup>36</sup>.

<sup>32</sup> Sie läßt sich verfolgen auf den Jahresversammlungen der American Economic Association in den Jahren 1944 bis 1950. Siehe American Economic Review. Papers and Proceedings. Vol. XXXIV (1944), XXXV (1945), XXXVI (1946), XXXVII (1947), XXXIX 1949 und XL (1950). Die Diskussion findet auch in Deutschland ein Echo. Siehe z. B. Herbert von Beckerath: Economic Planning in the Welfare State. Weltw. Archiv. Bd. 63 (1949/II), S. 49 ff. — Gerhard Mackenroth: Sozialistische Wirtschaftsverfassung (Möglichkeiten, Formen und Grenzen). Ebenda, S. 178 ff.

<sup>33</sup> Siehe Paul G. Hoffmann: Business Plans for Postwar Expansion. The American Economic Review. Papers and Proceedings. Vol. XXXV (1945), S. 85 ff.

<sup>34</sup> Eines der Generalthemen der 57. Jahresversammlung der American Economic Association im Februar 1945 in Washington lautete: „Expanding Civilian Production and Employment after the War“. Siehe American Economic Review. Papers and Proceedings. Vol. XXXV (1945).

<sup>35</sup> Vgl. Hoffmann: a.a.O.

<sup>36</sup> Siehe dazu Dietrich Gerhard: Die amerikanische Entwicklungshilfe in historischer Sicht — Zur Veränderung der amerikanischen Haltung gegenüber anderen Kulturen. In: Erik Boettcher (Hrsg.): Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 67 ff.

## III.

Dies ist der wirtschaftspolitische Hintergrund für die Wiederentdeckung des wirtschaftlichen Wachstums in der ökonomischen Theorie<sup>37</sup>. Es ist für unser Thema aufschlußreich, die besonderen Fragestellungen der Wachstumstheorie etwas eingehender zu verfolgen.

Neu an der Wachstumstheorie ist, daß sie die Blickrichtung der klassischen „reinen Theorie“ auf eine statische Wirtschaft überwindet und eine wachsende Wirtschaft zum Gegenstand ihrer Analyse macht. Dies geschieht jedoch zunächst in einer sehr bemerkenswerten Weise: Das wirtschaftliche Wachstum wird als gegeben vorausgesetzt und nur nach den Bedingungen gefragt, unter denen sich ein gleichgewichtiges wirtschaftliches Wachstum, ein „Gleichgewichtspfad“ einstellt<sup>38</sup>. Die klassische Tradition der ökonomischen Theorie wird also insoweit fortgesetzt. Ausgangspunkt ist das bereits von *Cassel*<sup>39</sup> behandelte Modell einer gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft: Auf dem Gleichgewichtspfad wachsen alle ökonomischen Variablen mit derselben Rate.

Es ist nicht zu übersehen, daß sich diese Dynamisierung der Gleichgewichtsvorstellung mit den wirtschaftspolitischen Diskussionen um Marktwirtschaft, freie Unternehmerwirtschaft und Planwirtschaft zumindest berührt. Die ökonomische Theorie versucht, den Beweis anzutreten, daß auch eine wachsende Wirtschaft eine über den Marktmechanismus sich selbst steuernde Wirtschaft sein kann. Das ist unabhängig von den Impulsen zu dieser gleichgewichtigen Wachstumstheorie, zumindest die sich aus ihre ergebende wirtschaftspolitische Folgerung.

Aufgabe der folgenden Überlegungen ist es, zunächst die einzelnen, hier relevanten Etappen dieser Gleichgewichtsanalyse kurz zu skizzieren und dann auf die wirtschaftspolitischen Aspekte hinzuweisen, die

<sup>37</sup> Vgl. Gottfried *Bombach*: Art. Wirtschaftswachstum. In: HdSw Bd.12. Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1965. S. 764 f.

<sup>38</sup> Unter dieser Problemstellung geben *Hahn* und *Matthews* ihren Überblick über die Wachstumstheorie. Siehe Frank H. *Hahn* und R. C. O. *Matthews*: The Theory of Economic Growth: A Survey. In: Surveys of Economic Theory. Growth and Development. Prepared for the American Economic Association and the Royal Economic Society. Vol. II. (Surveys V—VIII). London, Melbourne, Toronto, New York. 1967, S. 1 ff. — Siehe auch Heinz *König*: Ansätze und Probleme der Wachstumstheorie. In: Heinz *König* (Hrsg.): Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft. Köln, Berlin 1968. S. 15 f. Nach diesem Selbstverständnis der Theorie ist es eigentlich ein nicht sehr erfolgreiches Unterfangen, diese Wachstumstheorie auf Aussagen zu überprüfen, die für die Wirtschaftspolitik brauchbar sind, was *Dürr* und *Helmstädter* zum Beispiel versuchen [Ernst *Dürr*: Wachstumstheorie und Wachstumspolitik. Jahrb. f. Nationalök. und Stat. Bd. 176 (1964) S. 385 ff.]. — Ernst *Helmstädter*: Wachstumstheorie und Wachstumspolitik. Die Aussprache, Jg. 18 (1968) S. 101 ff.]. Siehe dazu aber auch Klaus *Rose*: Der Erkenntniswert der Wachstumsmodelle. Jahrb. f. Nationalök. und Stat. Bd. 168 (1956), S. 321 ff.

<sup>39</sup> Siehe Gustav *Cassel*: Theoretische Sozialökonomie. 5. Aufl. Leipzig 1932. S. 28 ff.

sich ergeben, wenn die Ergebnisse der Gleichgewichtsmodelle als ad-hoc-Hypothesen verselbstständigt werden.

Die erste Konkretisierung des gleichgewichtigen Wachstums knüpft an Keynes an (deshalb „postkeynesianische Wachstumstheorie“). Er hat in seiner kurzfristigen Analyse die die Produktionskapazität vergrößernde Wirkung der Nettoinvestitionen unbeachtet gelassen. Diese Lücke füllt die „postkeynesianische Wachstumstheorie“. Sie beantwortet die angesichts der Furcht vor mangelnder Auslastung des Produktionsapparates entscheidende Frage, mit welcher Rate das Volkseinkommen wachsen muß, um die Produktion eines sich ständig vergrößernden Kapitalstocks aufzunehmen; oder umgekehrt, wie die Investitionen zunehmen müssen, damit die Einkommenserhöhung die zusätzliche Kapazitätserhöhung gerade ausgleicht<sup>40</sup>.

Das Ergebnis im postkeynesianischen Harrod-Domar-Modell läßt sich wie folgt umschreiben: Da auf dem Gleichgewichtspfad Produktion und Kapitalstock mit derselben Wachstumsrate wachsen sollen, muß langfristig ihr Verhältnis zueinander konstant sein, d. h. der Kapitalkoeffizient oder sein reziproker Wert, die Kapitalproduktivität. Das gleichgewichtige Wachstum des Volkseinkommens hängt dann nur von der Höhe der Investitionsquote ab<sup>41</sup>.

Dieses Gleichgewicht charakterisiert eine die Unternehmer befriedigende Situation oder, wie es Bombach<sup>42</sup> treffend kennzeichnet, ein „unternehmerisches Gleichgewicht“. Das gilt insbesondere für den Blickwinkel von Domar. Die Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte bleibt unberücksichtigt<sup>43</sup>. Das Ergebnis aus Harrods Sicht ist etwas differenzierter: Der Gleichgewichtspfad ist nur gegeben, wenn die die Unternehmer befriedigende Wachstumsrate gleich der natürlichen (die Zunahme der Bevölkerung und des technischen Fortschritts repräsentierenden) Wachstumsrate ist und beide der tatsächlich gegebenen Wachstumsrate des Volkseinkommens entsprechen<sup>44</sup>.

<sup>40</sup> Vgl. dazu Evsey D. Domar: *Essays in the Theory of Economic Growth*. New York 1957. S. 89.

<sup>41</sup> Dieses Ergebnis ergibt sich bereits aus einer Umformung der Wachstumsrate des Kapitalstocks ( $g_K$ ), die auf dem Gleichgewichtspfad der Wachstumsrate des Volkseinkommens ( $g_Y$ ) entsprechen muß:  $g_Y = g_K = \frac{dK}{dt} : K = \frac{I}{K} = \frac{I}{Y} : \frac{K}{Y}$ .

Berücksichtigt man die von Keynes postulierte Gleichheit von Ersparnis ( $S$ ) und Nettoinvestition ( $I$ ) im Gleichgewicht, so ergibt sich die geläufige Bedingung für die Wachstumsrate im Gleichgewicht:  $g_Y = \frac{\text{Sparquote}}{\text{Kapitalkoeffizient}}$

<sup>42</sup> Vgl. Bombach: a.a.O., S. 766.

<sup>43</sup> Siehe Evsey D. Domar: Kapitalexpansion, Wachstumsrate und Beschäftigung [Wiederabdruck und deutsche Übersetzung von: *Capital Expansion, Rate of Growth and Employment*. *Econometrica*, Vol. 14 (1946), S. 137 ff.]. In: König (Hrsg.): *Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft*, a.a.O., S. 57.

<sup>44</sup> Siehe Roy F. Harrod: *Ein Essay zur dynamischen Theorie* [Wiederabdruck und



Dieser etwas unterschiedliche Blickwinkel von *Domar* und *Harrod* könnte nun aus der zeitlichen Differenz entsprechenden unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Problemstellung erklärt werden: *Harrod* tritt mit seinen Gedanken 1939 an die Öffentlichkeit und bezieht gemäß den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise und den Lehren von *Keynes* die Vollbeschäftigung in sein Gleichgewicht ein. *Domar* beschränkt sich — so ließe sich argumentieren — auf das angesichts der geschilderten Sorge um die Auslastung der zur Kriegsproduktion errichteten Kapazitäten und der Abneigung gegen eine „Vollbeschäftigungspolitik“ wirtschaftspolitisch relevantere „unternehmerische Gleichgewicht“.

Für die weitere theoretische Analyse des Gleichgewichtspfades richtungweisend ist die Tatsache, daß der beschriebene Gleichgewichtspfad unstabil ist, sich auf des Messers Schneide bewegt (sog. knife-edge-Problem). Unter den gegebenen Voraussetzungen gibt es keinen Mechanismus, der eine einmal aus dem Gleichgewicht geratene Entwicklung automatisch zum Gleichgewichtspfad zurückführt. *Harrod* folgert daraus, ebenfalls ganz *Keynes*scher Tradition folgend, eine staatliche Wirtschaftspolitik, die sich das Erreichen des Gleichgewichtspfades zum Ziel setzt<sup>45</sup>.

Bessere Voraussetzungen für einen stabilen Gleichgewichtspfad, zu dem eine Marktwirtschaft aus sich heraus zurückfindet, erhält *Solow* 1956<sup>46</sup>, indem er den alten Gedanken einer gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion<sup>47</sup> wieder aufgreift. Damit gehen die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital als substituierbare Faktoren in das Wachstumsmodell ein. Die Literatur hat diesen Ansatz als „neoklassisch“ gekennzeichnet. Der Gleichgewichtspfad wird hier als natürliche Wachstumsrate im Sinne von *Harrod* (als Ergebnis der Ausstattung mit natürlichen Ressourcen) vorgegeben. Das Tempo der Entwicklung bestimmen die Produktionsfaktoren, die nicht durch das Modell erklärt werden — der Faktor Arbeit zunächst und dann der technische Fortschritt. Das Wachstum auf dem neoklassischen Gleichgewichtspfad ist damit im Unterschied zum postkeynesianischen unabhängig von der Investitionsquote, aber abhängig vom Bevölkerungswachstum.

---

Übersetzung von: An Essay in Dynamic Theory. *Economic Journal*. Vol. 49 (1939), S. 14 ff.]. In: *König* (Hrsg.): Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft, a.a.O., S. 35 ff., insb. S. 50.

<sup>45</sup> Siehe *Harrod*: a.a.O., S. 51 f.

<sup>46</sup> Robert M. *Solow*: A Contribution to the Theory of Economic Growth. *Quarterly J. of Economics*. Vol. 70 (1956), S. 65 ff.

<sup>47</sup> Sie taucht schon auf bei *Knut Wicksell* (Finanztheoretische Untersuchungen. Jena 1896. S. 53). *Cobb* und *Douglas* aber sind 1928 die eigentlichen Wegbereiter in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur [A Theory of Production. *American Economic Review*. Papers and Proceedings. Vol. XVII (1928), S. 139 ff.].

Die Berücksichtigung des technischen Fortschritts eröffnet die Möglichkeit, den Gleichgewichtspfad nicht nur von dem Bevölkerungswachstum abhängig zu machen. Allerdings darf der Fortschritt dann den Gleichgewichtspfad nicht stören, sondern muß „neutral“ sein. Da der Gleichgewichtspfad im neoklassischen Modell ohne technischen Fortschritt durch die Zunahme des Faktors Arbeit bestimmt wird, leuchtet es ein, daß „neutraler Fortschritt“ der sein müßte, der genau so wirkt wie eine Vermehrung des Faktors Arbeit. Das ist das Konzept des „arbeitsvervielfachenden“ oder „Harrod-neutralen“ technischen Fortschritts<sup>48</sup>. Er bestimmt zusammen mit der Bevölkerungsentwicklung die gleichgewichtige Wachstumsrate, das „Wachstum im goldenen Zeitalter“, wie Joan Robinson es ironisch charakterisiert<sup>49</sup>.

Bis zu diesem Stadium der Analyse des gleichgewichtigen Wachstums gibt es noch eine Vielzahl von Gleichgewichtspfaden, allerdings auf unterschiedlichem wirtschaftlichen Niveau. Die einzelnen Pfade sind zwar unabhängig von der Investitionsquote, über das Niveau der Gleichgewichtspfade entscheidet jedoch die Investitionsquote. Es liegt die Frage nahe, ob nicht *ein* optimaler Gleichgewichtspfad existiert. Diese Frage ist so aktuell, daß gleich mehrere Autoren<sup>50</sup> unabhängig voneinander für den Fall eine einfache Lösung anbieten, daß die Maximierung des Konsums das Ziel des wirtschaftlichen Wachstums ist. Der sich dann ergebende „optimale Gleichgewichtspfad“ ist jener, auf dem die Wirtschaft mit einer Rate wächst, die dem Zins entspricht. Das ist die „goldene Regel der Akkumulation“<sup>51</sup> für den optimalen Pfad im „goldenen Zeitalter“. Die gleichgewichtige Wachstumsrate ist wieder unabhängig von der Investitionsquote.

Diese „dynamische Gleichgewichtstheorie“ ist nur, wie Vogt<sup>52</sup> es formuliert, das „zweite Kapitel einer allgemeinen Gleichgewichtstheorie“, deren erstes Kapitel Walras mit der Formulierung des totalen Gleichgewichts einer stationären Wirtschaft begründet hat. Auch die moderne Wachstumstheorie erweist sich damit als ein Versuch, die wirtschaftspolitische Wunschvorstellung einer sich durch den Wettbewerbsmechanismus selbst steuernden Marktwirtschaft zu formalisieren. Die Be-

<sup>48</sup> Siehe dazu Hirofumi Uzawa: Neutral Inventions and the Stability of Growth Equilibrium. Review of Economic Studies. Vol. XXVIII (1961), S. 119 ff.

<sup>49</sup> Joan Robinson: The Accumulation of Capital. London 1956; deutsche Übersetzung: Die Akkumulation des Kapitals. Wien o. J. (1958). S. 122 ff.

<sup>50</sup> Siehe die Literaturangaben König: Ansätze und Probleme der Wachstumstheorie, a.a.O., S. 29, Anmerkung 45.

<sup>51</sup> Edmund S. Phelps: The Golden Rule of Accumulation. American Economic Review, Vol. 51 (1961), S. 638 ff.

<sup>52</sup> Winfried Vogt: Über die Theorie des wirtschaftlichen Wachstums und ihre Bedeutung. De Economist. Jg. 115 (1967), S. 553. — Siehe auch Winfried Vogt: Theorie des wirtschaftlichen Wachstums. Berlin, Frankfurt a. M. 1968. S. V.

dingungen für das Gleichgewicht einer solchen Wirtschaft sind keine empirischen, sondern logische Bedingungen<sup>53</sup>.

Einzelne Teile der Modellbetrachtungen lassen sich als ad-hoc-Hypothesen interpretieren, denen wirtschaftspolitische Bedeutung beigemessen werden muß:

1. Die Voraussetzung eines gleichgewichtigen Wachstums wird zu der Hypothese vereinfacht, das wirtschaftliche Wachstum sei ein Dauerzustand. Die Wachstumstheorie hätte dann die wirtschaftspolitisch eminent wichtige Frage zu beantworten, ob ein solcher Dauerzustand möglich ist<sup>54</sup>. Durch die Antwort könnte die Wirtschaftspolitik zwar auf das Ziel stetigen Wachstums festgelegt werden, nicht aber auf ein generelles Vertrauen gegenüber dem Wettbewerbsmechanismus einer Marktwirtschaft. Leider können jedoch die Gleichgewichtsmodelle der modernen Wachstumstheorie die Frage nach der Möglichkeit des „Dauerzustandes“ nicht beantworten, weil sie ihn voraussetzen und sich weiterhin nur für die Stabilität dieses Dauerzustands interessieren.

2. Gerade hierin offenbart sich der Versuch, in der Wachstumstheorie lediglich die Vorstellung von einer sich selbst durch freien Wettbewerb steuernden Marktwirtschaft zu formalisieren. Dies ist aber kaum eine sinnvolle Orientierung für eine effektive Wirtschaftspolitik.

3. Die Gleichgewichtsmodelle geben eine Antwort auf die Bestimmungsfaktoren der Wachstumsrate entlang eines Gleichgewichtspfades. Daraus lassen sich wirtschaftspolitische Folgerungen für eine Wachstumspolitik ableiten. Diese Folgerungen sollen etwas näher auf ihren wirtschaftspolitischen Hintergrund analysiert, nicht jedoch auf ihre Eignung als wirtschaftspolitische Orientierungshilfe überprüft werden.

Aus dem postkeynesianischen Gleichgewichtsmodell ergibt sich, daß zur Erhöhung der Wachstumsrate eine entsprechende Erhöhung der Investitionsquote erforderlich ist und somit eine Politik der Investitionsanreize, wie sie *Keynes* schon empfohlen hat. Auf die politischen Widerstände gegen eine solche Wirtschaftspolitik gerade in den Vereinigten Staaten, dem führenden Land des Westens und zudem dem Land, in dem die moderne Wachstumstheorie nach 1945 ihre entscheidendsten Impulse erhält, ist bereits hingewiesen worden. Die Politik fühlt sich in der Alternative Neuauflage des New Deal oder Versagen

---

<sup>53</sup> Vgl. Hans *Albert*: Modell-Platonismus. Der neoklassische Stil des ökonomischen Denkens in kritischer Beleuchtung. In: *Topitsch* (Hrsg.): Logik der Sozialwissenschaften, a.a.O., S. 411. [Wiederabdruck aus: Friedrich *Karrenberg* u. Hans *Albert* (Hrsg.): Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung. Festschrift für Gerhard Weisser. Berlin 1963, S. 45 ff.].

<sup>54</sup> Vgl. *Helmstädter*: a.a.O., S. 101.

des Westens und seiner Wirtschaftsordnung im Wettstreit zwischen Ost und West gefangen. Zudem erweist sich die ursprüngliche Furcht vor mangelnder Auslastung der Kapazitäten wegen zu geringer Friedensnachfrage sehr bald als unbegründet. Das Erreichen der Vollbeschäftigung in vielen Ländern zwingt dazu, den Engpaß im weiteren Wirtschaftswachstum im Faktor Arbeit in der Angebotsseite zu sehen und nicht auf der Nachfrageseite.

Dieser wirtschaftspolitischen Situation kommt das Ergebnis der neoklassischen Wachstumstheorie sehr entgegen: Nicht die Investitionen entscheiden im Gleichgewicht über die Höhe der Wachstumsrate, sondern die Bevölkerungsentwicklung und der technische Fortschritt. Die empirischen Bemühungen, die Wachstumskomponenten zu messen<sup>55</sup>, dienen dem Nachweis, daß der technische Fortschritt einen weit größeren Beitrag zum Wirtschaftswachstum leistet als die Kapitalakkumulation. Daraus wird die Folgerung gezogen, daß eine Wirtschaftspolitik des Konsumverzichts, der Investitionsförderung unzweckmäßig ist<sup>56</sup>.

Außerdem geben die empirischen Ergebnisse Anlaß, ein weiteres Konzept zu entwickeln, das ebenfalls dazu geeignet ist, die Wirtschaftspolitik von den Investitionen im traditionellen Sinn abzulenken, nämlich die Entdeckung des „geistigen Kapitals“<sup>57</sup>, das sich in den Ausgaben für Ausbildung, Erziehung und Forschung manifestiert. Eine Betätigung des Staates in diesem Bereich gilt als durchaus mit einer Marktwirtschaft vereinbar. Je mehr das wirtschaftliche Wachstum dem „geistigen Kapital“ zugeschrieben werden muß, desto kleiner wird auch der unerklärte Rest, der für den technischen Fortschritt als Wachstumsfaktor verbleibt. Zudem könnte der technische Fortschritt aber auch im „physischen Kapital“, den neuen Investitionen gebunden sein<sup>58</sup> und eine Politik der Investitionsförderung damit doch wieder notwendig machen.

<sup>55</sup> Siehe Moses A. Abramovitz: *Resource and Output Trends in the United States since 1870*. American Economic Review. Papers and Proceedings. XLVI (1956), S. 5 ff. — Robert M. Solow: *Technical Change and the Aggregate Production Function*. Review of Economics and Statistics. Vol. XXXIX (1957), S. 312 ff.

<sup>56</sup> Vgl. Hahn und Matthews: a.a.O., S. 55.

<sup>57</sup> Dem bahnbrechenden Aufsatz von Theodore W. Schultz [Investment in Man: An Economists View. Social Service Review. Vol. XXXIII (1959), S. 109 ff.] folgt eine Flut von Beiträgen. Siehe in Deutschland Walther G. Hoffmann: *Erziehungs- und Forschungsaufgaben im wirtschaftlichen Wachstumsprozeß*. In: Walther G. Hoffmann (Hrsg.): *Eine Freundesgabe der Wissenschaft für E. H. Vits zur Vollendung seines 60. Lebensjahres*. Frankfurt a. M. 1963. S. 101 ff.

<sup>58</sup> Ein solches Konzept des im Kapital „verkörperten“ technischen Fortschritts (embodied technical progress), der über die neuen Investitionsjahrgänge (vintages) ständig im Produktionsprozeß wirksam wird, entwickelt Solow 1959 (*Investment and Technical Progress*. In: Kenneth J. Arrow, Samuel Karlin, Patrick Suppes [Hrsg.]: *Mathematical Methods in the Social Sciences, 1959*. Proceedings of the First Stanford Symposium. Stanford/California 1960. S. 89 ff.).



Einer solchen Schlußfolgerung tritt 1962 *Denison*<sup>59</sup> entgegen. Er ignoriert das *Solowsche* Konzept des im Kapital verkörperten technischen Fortschritts und versucht empirisch zu belegen, daß der Faktor Arbeit und seine Qualitätsverbesserungen den entscheidenden Beitrag zum wirtschaftlichen Wachstum leisten. Damit wird der Staat, wenn er das Wirtschaftswachstum fördern will, wieder eindeutig in den traditionellen Bereich von Ausbildung und Erziehung verwiesen.

Bei *Denison* ist der politische Ausgangspunkt der empirischen Analyse nicht zu übersehen. *Denison* geht aus von der politischen Bedrohung durch die höheren sowjetischen Wachstumsraten und der Frage in den meisten Wachstumsdiskussionen, ob sich eine Gesellschaft freiwillig kollektiven Maßnahmen unterwerfen soll, das wirtschaftliche Wachstum über das Maß hinaus zu beschleunigen, das sich als Ergebnis der individuellen Entscheidungen und jener kollektiven Entscheidungen ergibt, die sich nicht unmittelbar auf Wachstumseffekte beziehen. Wegen dieser Diskussionen in der Öffentlichkeit und der Befürchtung, daß bei einer Erhöhung der amerikanischen Wachstumsrate dringende öffentliche und private Bedürfnisse unbeachtet bleiben würden, erhofft sich *Denison* für „neue Konzepte“ für die zukünftige Politik eine günstige Resonanz in der Öffentlichkeit<sup>60</sup>.

Angeichts dieser politischen Motivierung kann dann nicht übersehen werden, daß *Denisons* Studie von dem gegen Ende des Zweiten Weltkriegs in den Vereinigten Staaten zur Abwehr einer die „freie Unternehmerwirtschaft“ bedrohenden „Vollbeschäftigungspolitik“ gegründeten Komitee für wirtschaftliche Entwicklung (Committee for Economic Development) angeregt und betreut worden ist, um eine Grundlage für die eigene zukünftige Arbeit zu haben<sup>61</sup>. Um so schwerer wiegt unter diesen Umständen *Denisons* Feststellung, daß es sich bei seiner Untersuchung um die Arbeit eines einzelnen handelt, der

<sup>59</sup> Edward F. *Denison*: The Sources of Economic Growth in the United States and the Alternatives before Us. Supplementary Paper Nr. 13 published by Committee for Economic Development. New York 1962. Die wichtigsten Ergebnisse sind wiederholt publiziert worden. Sie waren u. a. Gegenstand einer Studiengruppe der OECD. Siehe The Residual Factor and Economic Growth. OECD. Study Group in the Economics of Education. Paris 1964. In der neueren Literatur [siehe Dale W. Jorgenson und Zvi Griliches: The Explanation of Productivity Change. Review of Economic Studies. Vol. XXXIV (1967), S. 249 ff.] werden die Ansätze von *Solow* und *Denison* bei empirischen Berechnungen zugrunde gelegt, und die bisher dem technischen Fortschritt zugeschriebene „totale Faktorproduktivität“ erscheint als „Rechenfehler“. Daraus folgt, daß der Unterschied zwischen „privater“ und „sozialer“ Produktivität der Investitionen für die Erklärung des wirtschaftlichen Wachstums eine geringere Rolle spielt (vgl. a.a.O., S. 274). Dieses Ergebnis hat auch wirtschaftspolitische Konsequenzen: Es läßt die volkswirtschaftlichen Erträge verschwinden, die seit der älteren Wohlfahrtstheorie als Begründung für staatliche Eingriffe in die Wirtschaft dienen.

<sup>60</sup> Vgl. *Denison*: a.a.O., S. 1 u. 12.

<sup>61</sup> Vgl. *Denison*: a.a.O., Vorwort von H. Stein.

schöpferische Freiheit gehabt hat und sich nicht um eine Übereinstimmung der Meinungen hat zu kümmern brauchen<sup>62</sup>.

Es ist nicht auszuschließen, daß der feststellbare politische Hintergrund heute dafür verantwortlich ist, daß die Bedeutung der Ausgaben für Erziehung und Ausbildung im Wachstumsprozeß recht skeptisch beurteilt wird<sup>63</sup>. *Bombach*<sup>64</sup> glaubt vor einer Verschwendung im Bildungswesen warnen zu müssen und stellt — unter Hinweis auf die Studenten, die über normale Studiendauer hinaus die Hochschulen bevölkern — auch für das Bildungswesen „die Rückkehr zum Gebührenprinzip (d. h. zum marktwirtschaftlichen Preissystem)“ zur Diskussion.

Das neoklassische Wachstumsmodell hat zwar, wie sich gezeigt hat, das Ergebnis, daß die Wachstumsrate auf dem Gleichgewichtspfad nur von der Bevölkerungsentwicklung und dem technischen Fortschritt abhängt, aber die Investitionen entscheiden über das Produktionsniveau, auf dem sich das Wachstum vollzieht. Der optimale Wachstumspfad erweist sich jedoch als von den Investitionen unabhängig. Damit würde dann die Wachstumstheorie endgültig demonstrieren, daß ein Wettrennen um die höchsten Investitionsquoten und somit auch eine entsprechende Wirtschaftspolitik ökonomisch sinnlos ist.

Als Ergebnis der bisherigen Überlegungen zum Verhältnis zwischen Wirtschaftspolitik und Wachstumstheorie läßt sich feststellen: Die Wachstumstheorie verdankt ihr eigenes Wachstum im Grunde dem Ost-West-Konflikt und hat insofern einen Bezug zur Wirklichkeit<sup>65</sup>. Die eigentliche Problemstellung der modernen Wachstumstheorie entspringt jedoch dem klassischen Gedankengebäude der Wirtschaftswissenschaft und dient ebenfalls dem Nachweis eines sich von selbst einstellenden Gleichgewichts im marktwirtschaftlichen System<sup>66</sup>.

Dieser Ausgangspunkt im traditionellen wirtschaftlichen Liberalismus, der Alternative zum Merkantilismus, wird im Zusammenhang mit der Wachstumstheorie im ökonomischen Denken ganz deutlich, wenn das wirtschaftliche Wachstum als Ziel der Wirtschaftspolitik überhaupt

<sup>62</sup> Vgl. *Denison*: a.a.O., S. 14.

<sup>63</sup> Siehe Bruno *Frey*: Eine politische Theorie des wirtschaftlichen Wachstums. *Kyklos* Vol. XXI (1968), S. 70 ff. insb. S. 82 ff.

<sup>64</sup> Vgl. Gottfried *Bombach*: Was muß die Wirtschaftspolitik heute leisten? Die *Aussprache* Jg. 17 (1967), S. 202.

<sup>65</sup> Vgl. auch Gottfried *Bombach*: Wirtschaftswachstum und Stabilität. In: Gottfried *Bombach*, Herbert *Giersch*, Paul *Senf* (Hrsg.): Wachstum und Konjunktur. Darmstadt, Opladen 1960. S. 7.

<sup>66</sup> Damit haben die bisherigen Beispiele die Feststellung von *Boulding* bestätigt: „Die Nationalökonomie hat sich weitgehend als ein Nebenprodukt der Propaganda für politische Maßnahmen verschiedener Art entwickelt, und der Ökonom muß erst noch geboren werden, der nicht den Drang verspürt, seine Abstraktionen zur Quelle politischer Vorschläge zu machen.“ [Kenneth E. *Boulding*: Einführung in die Wohlfahrtsökonomik. In: Gerard *Gäfen* (Hrsg.): Grundlagen der Wirtschaftspolitik. Köln, Berlin 1966. S. 78].

in Frage gestellt wird; denn wirtschaftliches Wachstum könne im marktwirtschaftlichen System kein Ziel sein, sondern nur ein Ergebnis des Marktes<sup>67</sup>. Wachstumspolitik ist aus diesem Blickwinkel nichts anderes als ein „Neomerkantilismus“<sup>68</sup>.

Da andererseits stetiges Wirtschaftswachstum zur anerkannten politischen Forderung geworden ist, besteht die Versuchung, trotz aller Warnungen der Wirtschaftswissenschaft selbst, die vorhandene Wachstumstheorie als Orientierung für eine rationale Wirtschaftspolitik zu benutzen. So warnt *Helmstädter* zwar davor, „Begriffe und Vorstellungen der Wachstumstheorie unbesehen in die Wirtschaftspolitik zu übertragen und etwa damit eine konkrete Wachstumspolitik zu formulieren“. Er möchte aber dennoch wenigstens „bescheidene wirtschaftspolitische Orientierungshilfen“ ableiten<sup>69</sup>.

Die Warnung begründet er nur damit, daß die Einsichten der Wachstumstheorie im wesentlichen auf „Globalmodellen“ beruhen, „während eine Wachstumspolitik notwendig einer stark strukturellen Ausrichtung bedarf“. Nach den bisherigen Feststellungen erscheint aber eine so begründete Warnung als unzureichend. Dahinter steht nur der generelle Einwand gegen jede „Makrotheorie“, daß sie zu global ist und eine realistische Theorie letztlich von den Individuen und ihren Entscheidungen auszugehen habe. Damit ist schon die Brücke geschlagen zu den wirtschaftspolitischen Diskussionen der Gegenwart, gerade in der Bundesrepublik.

Ein neues Schlagwort, das die Wirtschaftspolitik beherrscht, ist die „mittelfristige Wirtschaftspolitik“. Die Bundesregierung und der die Wirtschaftswissenschaft gleichsam repräsentierende Sachverständigenrat haben sich offensichtlich auf dieses Konzept geeinigt<sup>70</sup>. Entspringt es aber der Wirtschaftswissenschaft, oder ist es lediglich eine von ihr ad hoc akzeptierte wirtschaftspolitische Leitlinie? Es ist der Mühe wert, dieser Frage zum Schluß unserer Überlegungen kurz nachzugehen.

Gerade auf dem dargestellten historischen Hintergrund drängt sich die Frage auf, warum die wirtschaftspolitische Planung für die Zukunft gerade „mittelfristig“ sein soll. Das könnte eine weise Beschränkung der Wirtschaftswissenschaft auf eine noch ohne prophetische Gaben

<sup>67</sup> Zu diesem Konflikt siehe Jahresgutachten 1967 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Bundestagsdrucksache V/2310, S. 127 ff.

<sup>68</sup> Siehe Axel von *Gadolin*: Wachstumspolitik, Merkantilismus von heute. Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik. Jg. 13 (1967) S. 153 ff.

<sup>69</sup> *Helmstädter*: a.a.O., S. 101.

<sup>70</sup> Siehe Jahresgutachten 1967 des Sachverständigenrates, a.a.O., Kapitel 2, sowie die Stellungnahme der Bundesregierung dazu im Jahreswirtschaftsbericht 1968 der Bundesregierung (Beilage zum Jahresgutachten), insb. Teil I, Ziffer 6.

überschaubare Periode sein; es spricht aber auch einiges dafür, daß es sich bei der „mittelfristigen Wirtschaftspolitik“ um eine politische Problemstellung handelt, die die Wirtschaftswissenschaft ähnlich fasziniert wie die „vollständige Konkurrenz“, die Marktwirtschaft ohne Planung.

Am Anfang der „mittelfristigen Wirtschaftspolitik“ — so könnte man etwas pointiert sagen — steht die von der EWG-Kommission in ihrem „Aktionsprogramm“ von 1962<sup>71</sup> vorgeschlagene „langfristige Programmierung“. Dieses Programm hat, insbesondere auf deutscher Seite, starke „ordnungspolitische“ Bedenken ausgelöst und ist zu einer Empfehlung des Ministerrats über die „mittelfristige Wirtschaftspolitik“ umgemünzt worden<sup>72</sup>, teilweise nur durch Auswechseln der Begriffe<sup>73</sup>. Im April 1964 etabliert sich dann der neue beratende „Ausschuß für mittelfristige Wirtschaftspolitik“ bei der EWG-Kommission, und am 8. 2. 1967 verabschiedet der Ministerrat das erste Programm der Gemeinschaft für eine mittelfristige Wirtschaftspolitik im Zeitraum 1966 bis 1970.

*Müller-Armack*<sup>74</sup>, als ehemaliger Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium für europäische Angelegenheiten ein berufener Zeuge, kennzeichnet die Entwicklung als „Subtraktionsprozeß“: Erst sei vom „Plan“ die Rede gewesen, dann habe es „Planifikation“, „langfristige Programmierung“, „mittelfristige Wirtschaftspolitik“ geheißen; schließlich sei noch einmal „subtrahiert“ worden, und als Rest sei dann nur noch die „Mittelfristigkeit“ übrig geblieben.

Diese Entstehungsgeschichte macht nicht den Eindruck, als habe bei der Schaffung der mittelfristigen Wirtschaftspolitik ein konkretes, wissenschaftlich fundiertes Konzept Pate gestanden. Es ist offenbar nur darum gegangen, die ordnungspolitisch bedenkliche „Planung“ so weit wie möglich zu verbannen. Die übrig gebliebene „Mittelfristigkeit“ wäre dann so zu interpretieren: Nachdem kurzfristig der Markt durch die staatliche Konjunkturpolitik schon seine Alleinherrschaft verloren hat, sind nun auch — grundsätzlich nur „globale“ — mittelfristige Kor-

<sup>71</sup> EWG-Kommission, Memorandum der Kommission über das Aktionsprogramm der Gemeinschaft für die zweite Stufe. Brüssel 24. Oktober 1962 (KOM [62] 300).

<sup>72</sup> Siehe Mittelfristige Wirtschaftspolitik der Gemeinschaft. Bulletin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Nr. 8, 1963. Sonderbeilage. — Siehe auch Ronald Clapham: Kritische Überlegungen zur mittelfristigen Wirtschaftspolitik der EWG als Koordinationsinstrument. In: Fritz W. Meyer und Hans Willgerodt (Hrsg.): Beiträge zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft. Festgabe für Alfred Müller-Armack. Köln 1966. S. 175 ff.

<sup>73</sup> Siehe dazu Karl Albrecht: Planwirtschaftliche und marktwirtschaftliche Elemente in der EWG. Europa-Archiv. Jg. 20 (1965), S. 673 ff. Egon Tuchteld: Von der Wirtschaftsprogrammierung zur mittelfristigen Wirtschaftspolitik der EWG. Wirtschaft und Recht. Jg. 16 (1964), S. 134 ff.

<sup>74</sup> Müller-Armack: a.a.O., S. 411.



rekturen erlaubt. Langfristig soll aber der Markt auf jeden Fall die Ziele bestimmen<sup>75</sup>.

Die von *Bombach*<sup>76</sup> beobachtete „Wachstumsmüdigkeit“ könnte aber vielleicht gerade Ausdruck des Zweifels sein, ob der Markt langfristig — quasi als Orakel — für die wirtschaftliche Zukunft so viel Vertrauen verdient. Reicht es für den Ökonomen, sich als Beitrag zur Wirtschaftspolitik auf Marktprognosen zu konzentrieren, oder ist er selbst — in schöpferischer Freiheit — auch verantwortlich für Modelle für eine ganz neue Welt? Muß die Zukunft bewußt gestaltet und nicht nur prognostiziert werden? In einer Gesellschaft im Überfluß<sup>77</sup> verliert die traditionelle Betonung der Freiheit in der Wirtschaft an Anziehungskraft gegenüber der die Phantasie seit jeher beflügelnden Alternative „Freiheit von der Wirtschaft“<sup>78</sup>.

Damit ist eine Utopie der Menschheitsentwicklung angesprochen, die ohne Zweifel älter ist als der Wirtschaftsliberalismus, nämlich der uralte Traum vom Paradies auf Erden. Eine funktionierende Wirtschaft ist nicht mehr unser Schicksal, sondern eine Selbstverständlichkeit — wie zum Beispiel die laufende Versorgung mit elektrischem Strom.

Es hat den Anschein, als führten diese Perspektiven zu einer Neubesinnung auf die „politische Ökonomie“, wie einige Literaturtitel andeuten. So nennt *Liefmann-Keil* unter bewußter Anknüpfung an alte Traditionen ihre Einführung in die Wirtschaftswissenschaft „Einführung in die politische Ökonomie“<sup>79</sup>, *Salin* die letzte Neuauflage seiner Geschichte der Volkswirtschaftslehre „Politische Ökumene, Geschichte der wirtschaftspolitischen Ideen“<sup>80</sup>. *Frey* möchte eine „Politische Theorie“ des wirtschaftlichen Wachstums entwerfen<sup>81</sup>.

<sup>75</sup> Siehe dazu auch Reinhard *Blum*: Von der Konjunkturpolitik zur langfristigen Wirtschaftspolitik. Z. f. d. ges. Staatsw. Bd. 123 (1967), S. 738 ff.

<sup>76</sup> Vgl. *Bombach*: Was muß die Wirtschaftspolitik heute leisten?, a.a.O.

<sup>77</sup> Siehe John Kenneth *Galbraith*: Gesellschaft im Überfluß. München, Zürich 1958.

<sup>78</sup> Vgl. dazu Reinhard *Blum*: Der Wettbewerb im wirtschaftspolitischen Konzept. Z. f. d. ges. Staatsw. Bd. 121 (1965), S. 75 ff. — Walther G. *Hoffmann*: Strukturwandlungen und Wirtschaftswachstum. In: Jahrbuch des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität. Wissenschaft — Ethos — Politik. Festschrift zum 60. Geburtstag von Bischof Joseph Höffner. Bd. VII und VIII, 1966/1967. München 1967. S. 475.

<sup>79</sup> Elisabeth *Liefmann-Keil*: Einführung in die politische Ökonomie. Private Planung — Öffentliche Lenkung. Freiburg, Basel, Wien 1964.

<sup>80</sup> Edgar *Salin*: Politische Ökumene — Geschichte der wirtschaftspolitischen Ideen von Platon bis zur Gegenwart. (5., erw. Auflage der Geschichte der Volkswirtschaftslehre) Tübingen 1967. Um eine Integration der Wirtschaftswissenschaft bemüht sich auch die Politologie. Siehe Carl *Böhret*: Politische Wirtschaftslehre — Portrait einer Disziplin. In: Carl *Böhret* u. Dieter *Grosser* (Hrsg.): Interdependenzen von Politik und Wirtschaft. Beiträge zur politischen Wirtschaftslehre. Festgabe für Gert von Eynern. Berlin 1967. S. 11 ff. — Zu den Möglichkeiten und Grenzen der sozialwissenschaftlichen Integration der Wirtschaftswissenschaft siehe Gerd *Fleischmann*: Nationalökonomie und sozialwissenschaftliche Integration. Tübingen 1966. — Auch Hans *Albert*: Nationalökonomie und sozialwissenschaftliche Integration. Bemerkun-

Bei diesen Versuchen wäre nur darauf zu achten, daß „politische“ und „reine Ökonomie“ in keinen neuen „Werturteilsstreit“ geraten, sondern sich als Ergänzung verstehen. Um diese Aufgabe zu lösen, bietet sich *Predöhl's* Formel für eine gewisse Arbeitsteilung an: „Kein Forscher kann in beiden Bereichen eine maximale Begabung haben, sein Verständnis aber darf in keinem unter das Minimum sinken<sup>82</sup>.“

Da so etwas wie eine „homogene Einstellung der Wissenschaft“ zu wirtschaftspolitischen Fragen nicht existieren kann, wie *Bombach*<sup>83</sup> das Verhältnis zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft charakterisiert, bietet sich für eine erfolgreiche Arbeit in der Wirtschaftswissenschaft — den Erkenntnissen der modernen Wissenschaftstheorie folgend — eine ähnliche Lösung an, wie sie Adam *Smith* für eine erfolgversprechende Gestaltung der Wirtschaft entwickelt hat: Freiheit der Forschung, Vertrauen auf die Arbeitsteilung, unbehinderter Wettbewerb, keine Monopole und verlässliche moralische Maßstäbe<sup>84</sup>.

## Summary

### The Relations between Economic Policy and Economic Theory

The discussions in Germany about the revaluation of the DM give reason for examining the relations between economic policy and economic theory. The discussions about a revaluation of the Deutsche Mark are an example that policy-makers ignore an almost unanimous advice of economists.

This example seems to demonstrate that economic science is welcomed when it renders the foundations of the ruling proposals of policy, but on the other hand economists will be reminded of scientific objectivity and reserve if political consequences from economic theory run against the opinion of politicians. So there is some reason to believe that the weight of economic theory in political reality depends more upon the balance of political pressure groups and ruling opinions in the political sphere than upon scientific objectivity and reserve.

The author's analysis starts with a review of the history of economic theory and its political background. The titles of the works of classical economic theory indicate that economic science means "political economy". But the further development seems to indicate, too, that there is some tendency to "pure economic theory". Economic science turns from analysis of economic reality to analysis of

---

gen zu G. *Fleischmanns* gleichnamigem Buch. Z. f. Nationalök. Bd. XXVII (1967), S. 352 ff.

<sup>81</sup> *Frey*: a.a.O.

<sup>82</sup> Vgl. Andreas *Predöhl*: Zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. In: Erik *Boettcher* (Hrsg.): Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 174.

<sup>83</sup> *Bombach*: Was muß die Wirtschaftspolitik heute leisten, a.a.O., S. 197.

<sup>84</sup> In diesen umfassenden wirtschaftlichen Wettbewerb um die Wahrheitsfindung sind auch die Studenten gemäß ihren Kräften und Fähigkeiten nach alter Tradition an den deutschen Universitäten einbezogen. Das meint die alte Bezeichnung „Kommilitone“.

an economic system based on personal freedom and international free trade, thus “backing Britain” and its economic interests as the first industrializing country. Against this philosophy Friedrich List developed the “educational customs argument” in order to protect the young German industry against the strong competition of British goods.

Modern theory of economic growth is only the second part of the classical equilibrium theory interested in a stable growth path — created by the forces of a free market economy. The single stages of development of modern growth theory also seem to indicate a narrow connection with political questions. They concentrate on the problem, whether or not a high rate of investment and some sort of “new deal policy” is necessary to compete successfully in economic fields with the Soviet Union.

The study ends with some critical remarks upon the actual German growth policy based on the concept of “medium term economic policy” (mittelfristige Wirtschaftspolitik).